

## **Antrag**

### **der Fraktion der CDU**

#### **Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken - Lehren aus der Coronakrise ernstnehmen**

- I. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, über folgende Punkte umfassend zu berichten:
  1. gesetzliche Grundlagen, Verwaltungsanordnungen und Erlasse zur Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) seit dem Beschluss des Landtags zur Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes (Drucksache 6/2632) im September 2016;
  2. Personalsituation des öffentlichen Gesundheitsdienstes von 2018 bis 2020;
  3. Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur seit Jahresanfang (Berufsgruppen, relative Anzahl an Ärzten und davon Fachärzte);
  4. genutzte und ungenutzte Möglichkeiten der Fachkräftebindung (Fachkräfte-Richtlinie, Arbeitsmarktzulagen und ähnliches);
  5. personelle Auslastung und zusätzlicher Personalbedarf in den Monaten März bis Mai 2020;
  6. technische Ausstattung des öffentlichen Gesundheitsdienstes in Thüringen;
  7. Veränderungen des Ausstattungsbedarfes und der tatsächlichen Ausstattung seit Jahresanfang 2020;
  8. Quantität und Erfahrungen mit der Anstellung anderweitig angestellter oder niedergelassener Ärzte in Teilzeittätigkeit oder auf Honorarbasis in den Monaten März bis Juni 2020;
  9. zusätzliches angeworbenes Fachpersonal in den Gesundheitsämtern seit Beginn der Corona-Pandemie.
  
- II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
  1. den Beschluss des Landtags in Drucksache 6/2632 umzusetzen;
  2. ein zeitgemäßes Gesetz zur Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes zu erarbeiten;
  3. in Kooperation mit dem Universitätsklinikum Jena eine Facharzt-ausbildung für den öffentlichen Gesundheitsdienst in Thüringen ins Leben zu rufen;
  4. zu prüfen, inwieweit Mittel des Bundes, die mit dem Zweiten Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite bereitgestellt werden, für die Einführung einer Facharztausbildung für den ÖGD in Thüringen genutzt werden können;
  5. die Gesundheitsämter der Kommunen zu unterstützen, die durch den Bund mit dem Zweiten Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite bereitgestellten Mittel zur personellen und technischen Stärkung des ÖGD umgehend zu nutzen;

6. die Digitalisierung der Gesundheitsämter und des ÖGD voranzutreiben;
7. die Beteiligung an Zulagenzahlungen (Arbeitsmarktzulagen und Zulagen nach der Arbeitgeberrichtlinie zur Gewinnung und zur Bindung von Fachkräften) für die im ÖGD beschäftigten Ärztinnen und Ärzte auf 75 vom Hundert zu erhöhen;
8. sich in Tarifverhandlungen für den ÖGD für eine angemessene Bezahlung von Ärzten im öffentlichen Gesundheitsdienst einzusetzen;
9. die erforderlichen Landesmittel für den ÖGD entsprechend dem tatsächlichen Bedarf anzupassen.

**Begründung:**

Neben der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung stellt der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) die dritte Säule des Gesundheitswesens dar. Ziel des ÖGD ist der Schutz der Gesundheit der Bevölkerung. Aufgabe des ÖGD sind die Umsetzung von Vorgaben der Weltgesundheitsorganisation, von europäischen Rechtsvorschriften und von bundes- und landesrechtlichen Entscheidungen. Daneben werden vom ÖGD Gesetze, Verordnungen und Richtlinien erarbeitet. Schließlich ist der ÖGD für die Medizinalaufsicht und das amtsärztliche Gutachtenwesen zuständig. Die Aufgaben werden von den Gesundheitsämtern wahrgenommen. Im Freistaat Thüringen ist das Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz die zuständige Landesbehörde.

Um als Arzt im ÖGD tätig zu werden, bedarf es einer entsprechenden Facharztausbildung nach dem Medizinstudium. Anders als bei anderen Facharztausbildungen werden die Inhalte der Weiterbildung nicht ausschließlich von der Ärztekammer festgelegt, sondern erfolgen auch nach staatlichen Vorgaben.

Während der Corona-Epidemie in Thüringen hat sich gezeigt, dass die Mitarbeiter und Ärzte des ÖGD zwar couragiert reagierten, die Personalsituation wie auch die sächliche Ausstattung jedoch unzulänglich ist. Dem gilt es nun zügig und entschlossen Abhilfe zu schaffen, um bei einem erneuten Krankheitsausbruch ähnlicher Dimension besser gewappnet zu sein und den Schutz der Bevölkerung aufrechterhalten zu können.

Für die Fraktion:

Bühl